Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 63 (1983)
Heft: 6

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Erfahrungen im Umgang mit den Vereinten Nationen

Nachteile der Aussenseiterrolle

Aufgrund unserer Nichtmitgliedschaft bei der Hauptorganisation der UNO klafft zwischen der realen Position der Schweiz, welche durch das dichte Netz ihrer wirtschaftlichen und politischen Verflechtung in das globale Geschehen geprägt ist, und den ihr zur Verfügung stehenden aussenpolitischen Instrumenten eine empfindliche Lücke. Dieser Gegensatz tritt am greifbarsten dort zutage, wo unsere Diplomatie die schweizerischen Interessen möglichst wirksam vertreten sollte und dabei an die eng gesteckten Grenzen stösst, die ihr die Aussenseiterrolle bei den Vereinten Nationen auferlegt.

Stärken und Schwächen der praktischen Tätigkeit der Vereinten Nationen ebenso wie die schweizerische Interessenlage lassen sich klarer erkennen, wenn wir sie vor dem Hintergrund der heutigen globalen Verhältnisse betrachten. Die UNO ist kein künstliches Gebilde, das sich über die Gesetzmässigkeiten der internationalen Politik stellend ein isoliertes Eigenleben zu führen vermöchte. Im Gegenteil: die Vereinten Nationen sind ein Resonanzboden der Weltbühne, auf dem eine Vielzahl von Akteuren ihre Ansprüche geltend machen, unter denen ein gemeinsamer Nenner gesucht werden muss.

Die Kritik an ihrem mangelnden Durchsetzungsvermögen hinsichtlich gewisser komplexer politischer Konflikte betrifft oft nicht die Organisation als solche, sondern deren souveräne Akteure – die einzelnen Mitgliedstaaten. Die UNO gewinnt den Charakter eines Dienstleistungsunternehmens, das im allgemeinen qualitativ ansprechende Produkte anbietet. Ob diese Erzeugnisse verkauft werden können, hängt aber von den Marktverhältnissen und vom Willen der Käufer ab – mit anderen Worten: von der herrschenden internationalen Lage und von der Bereitschaft der Staaten, Spannungen im Rahmen der multilateralen Zusammenarbeit abzubauen.

Eine solche Betrachtungsweise zeigt, dass einige der Fragen, die in der Schweiz im Zuge der Debatten über den UNO-Beitritt in den Vordergrund rückten, zu relativieren sind, da ihre praktische Tragweite sehr begrenzt ist. Hier verweise ich insbesondere auf die Bedenken in bezug auf die immerwährende, bewaffnete Neutralität, deren Beachtung als Kernstück unserer Aussenpolitik in der heutigen Realität der Vereinten Nationen keine grundlegenden Hindernisse im Wege stehen. Die Erfahrungen der Beobachtermission New York bezeugen dies mit aller Klarheit.

Konstanz und Wandel

Seit Bestehen der Organisation hat ein tiefgreifender Wandel stattgefunden.

Die Charta selbst erfuhr zwar keine entscheidende Änderung, so dass die UNO formal gesehen immer noch die selbe Aufgabe wahrnimmt wie bei der Inkraftsetzung ihrer Satzung am 24. Oktober 1945. In Wahrheit entstand aber innerhalb dieses rechtlichen Rahmens eine Verlagerung der Schwergewichte. Daraus ergab sich ein schrittweiser Umschwung in den Aktivitäten der Organisation, was die Umwälzung in den Macht- und Interessen-Verhältnissen ausdrückte, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges weltweit stattgefunden haben.

In einem gewissen Sinne ist die Charta als Satzung des Zusammenschlusses jener Staaten zu bewerten, die unter grossen menschlichen und materiellen Opfern den Krieg gegen ein totalitäres System gewannen, das fundamentale Werte mit Füssen getreten hatte. Dieser idealistische Grundton, die den grossen Siegermächten eingeräumten Privilegien, welche in erster Linie im Vetorecht zutage treten, sowie das Prinzip der souveränen Gleichheit der Mitgliedstaaten prägen die gesamte Charta. Neben der Niederwerfung des Dritten Reiches entstanden aus dem Zweiten Weltkrieg neue Kräftefelder, die in der Charta noch keinen Niederschlag gefunden hatten. Es zeigte sich, dass das ursprüngliche Hauptziel der Vereinten Nationen, die Friedenssicherung durch kollektive Massnahmen, nur noch im Zusammenhang mit den übrigen kriegsverhütenden Mechanismen des internationalen Lebens zum Tragen kam. Die UNO besitzt zwar als einzige Organisation globale sicherheitspolitische Organe. Ob diese bei bestimmten Konflikten die ihnen zugedachte Rolle spielen können, hängt jedoch von einer Reihe von Faktoren ab, auf welche die Vereinten Nationen als solche nur beschränkt einzuwirken vermögen. Es handelt sich dabei namentlich um die Eigenheiten des nuklearen Gleichgewichts, welche das Wesen der internationalen Beziehungen nachhaltig verändert haben, sowie um die Gesetzmässigkeiten regionaler Kraftverhältnisse. In einem gewissen Masse wurde also die Schlüsselstellung der UNO bei der Friedenssicherung durch die Realität des internationalen Lebens unterlaufen.

Neue Interdependenzen

Diese Relativierung der kollektiven Sicherheit ging mit einer ausserordentlichen Zunahme der faktischen Interdependenzen im internationalen Leben einher – eine Entwicklung, welche die Urheber der Charta sicher nicht in dem Ausmasse vorausgesehen hatten und die dazu führte, dass sich die UNO schrittweise aller Fragen globaler Tragweite annahm. Im Ergebnis vermag sich ein einzelner Staat kaum mehr den direkten und indirekten Auswirkungen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Geschehnisse ausserhalb seines eigenen Territoriums zu entziehen. Es bleibt ihm nur die Wahl, die daraus hervorgehenden Konsequenzen hinzunehmen, oder im Rahmen einer multilateralen Zusammenarbeit, seinen Interessen gehorchend, darauf einzuwirken.

Genau dies spielt sich nun heute in der UNO ab: Der idealistische Zweck «des Zusammenwirkens aller Staaten guten Willens» hat der Notwendigkeit Platz gemacht, für eine Vielzahl von Problemen deshalb gemeinsame Lö-

sungen zu suchen, weil die Gegebenheiten der heutigen Welt Interessenkongruenzen schaffen, die nur in einem globalen Forum herauskristallisiert werden können. Der Verhandlungsprozess ist langwierig. Er spiegelt aber nichts anderes wider als den weltweiten Verteilungskampf um Einfluss, Macht und Ressourcen. Sein Verdienst liegt darin, dass er im Rahmen von Verhandlungen Spannungen abbaut und Gewaltanwendung vermeidet. In diesem Sinne bilden die Vereinten Nationen ein unersetzliches Kontaktforum.

Diese Eigenheiten der Vereinten Nationen treten in allen ihren Bereichen – seien sie politischer oder wirtschaftlicher Art – immer wieder zutage. Auffällig ist dabei, dass zwar wie auf einem Schachbrett die Hauptfiguren vorgegeben sind – nämlich die einzelnen Staaten mit ihrer realen Macht und ihrer Interessenlage. Diese Figuren können nun aber bessere oder schlechtere Züge ausführen, was sich häufig zugunsten der kleineren Länder auswirkt, da sich die grossen Akteure unter Umständen gegenseitig blockieren und somit die übrigen Mitglieder dank der sie vertretenden Persönlichkeiten und dank deren Sachkenntnis einen Einfluss ausüben, der über ihr tatsächliches Gewicht hinausgeht. Schliesslich kommen bei allen Verhandlungen gewisse psychologische Momente hinzu, welche die materiellen Ergebnisse mitbestimmen können.

Diese besondere Konstellation bei den Entscheidungsprozessen innerhalb der Vereinten Nationen bringt es mit sich, dass sich die UNO nicht mit groben Vereinfachungen charakterisieren lässt, was sich etwa anhand des Stichwortes der «automatischen Mehrheit» belegen lässt. Die Verhältnisse sind komplexer. Dazu einige Beispiele: Die jüngste 37. Generalversammlung befasste sich unter anderem mit Budgetangelegenheiten: Dabei setzten sich sowohl die USA wie auch die Sowjetunion für eine Haushaltsbegrenzung ein. Zu diesem Zweck sprachen sogar die Botschafter der beiden Länder gemeinsam beim Generalsekretär vor. Bei der Abstimmung über den überarbeiteten Haushaltsplan legten denn auch wichtige westliche ebenso wie die meisten sozialistischen Staaten ein Nein ein.

Bei den politischen Debatten musste sich die UdSSR einmal mehr mit einer zahlenmässig klaren Verurteilung der Präsenz ihrer Invasionstruppen in Afghanistan abfinden. Ebenso erging es Vietnam in bezug auf seine Besetzung Kambodschas. Anderseits stiessen die USA in den Reihen der Dritten Welt nur auf geringes Verständnis für die Pläne zur Beseitigung der Lücken in ihrem Nuklear-Arsenal, so dass hier gewisse sowjetische Thesen, wie das Einfrieren der Kernwaffenpotentiale, Gehör fanden. Indessen brachte Washington den Versuch Kubas zum Scheitern, Puerto Rico als Problem der Entkolonisierung auf die Traktandenordnung der Generalversammlung zu setzen. Schliesslich sei noch die Menschenrechtspolitik herausgegriffen. Hier stimmte die Generalversammlung mit deutlicher Mehrheit einem Konzept zu, das im Sinne westlicher Vorstellungen die Schlüsselrolle des Individuums betont und den Vorrang eines totalitären Kollektivs ablehnt.

Allgemein überwiegt bei den Meinungsbildungsverfahren die Suche

nach einem Konsens. Die entsprechenden Verhandlungen können sich unter Umständen über Wochen erstrecken, bis ein Text Beschlussreife erlangt oder bis er beim Scheitern der Konsensbemühungen dennoch einer Abstimmung unterworfen wird.

Der Umstand, dass die Entwicklungsländer im Nord-Süd-Bereich oft geschlossen auftreten, bedeutet nicht, dass es sich bei ihnen um einen monolithischen Block handelt. Dringt man bei einzelnen Problemen in die Tiefe, bröckeln die scharfen Trennungslinien ab, es treten neue Kräftefelder hervor, die von den unterschiedlichen Interessen der Entwicklungsländer geprägt sind. Die Gegensätze zwischen den Erdölerzeugern und den übrigen Staaten sowie zwischen den NIC – den Newly Industrialized Countries – und jenen Ländern, welche die industrielle Schwelle noch nicht überschritten haben, werden dann sichtbar.

Keine automatische Gruppierung

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Mehrheitsverhältnisse als Funktion der Interessenlage der UNO-Mitglieder zu betrachten sind. Es käme einem Zerrbild gleich, von einem Automatismus zu sprechen, der gegen westliche Interessen gerichtet wäre. Vielmehr bilden sich häufig neue Gruppierungen, so dass eine der Haupttätigkeiten der UNO-Diplomaten im sogenannten «Lobbying» besteht, nämlich in der Suche nach Gleichgesinnten oder zumindest nach Ländern, die einem bestimmten Vorhaben keine Hindernisse in den Weg legen. Dabei treten Affinitäten zutage, die über Nord-Süd- und Ost-West-Gegensätze hinausgreifen. Am einheitlichsten ist sicherlich das Stimmverhalten der Warschauerpaktstaaten, wobei Rumänien eine Ausnahme bildet. Ferner haben es einzelne Länder verstanden, sich auch ausserhalb jener Staatengruppe, der sie aufgrund ihrer Gesellschaftsordnung und ihrer geographischen Lage angehören, eine dauerhafte politische Unterstützung zu verschaffen. Griechenland verfügt beispielsweise seit dem Machtwechsel in Athen über einen beträchtlichen Rückhalt bei den arabischen Staaten und in der Dritten Welt.

Der differenzierte Vorgang des Meinungsbildungsverfahrens zeigt sich auch darin, dass innerhalb der Vereinten Nationen eine Art Gewaltentrennung besteht, die ihre tägliche Arbeit beeinflusst. «Checks and Balances» prägen das UNO-System. So ist der Sicherheitsrat, der gemäss Charta die Hauptverantwortung für die Friedenssicherung trägt, durch das Vetorecht seiner ständigen Mitglieder gekennzeichnet. Man mag dies bedauern, kann es aber nicht als Ansatzpunkt zu einer grundsätzlichen Kritik der UNO nehmen, da sich der Begriff «Demokratie» auf eine Staatsform bezieht, also auf eine Ordnung, die im Gegensatz zu den Vereinten Nationen eine souveräne Herrschaftsgewalt besitzt. Das Korrektiv des Vetos bezweckt in der Praxis, das reine Mehrheitsprinzip den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen. Das Vetorecht baut eine Art Brücke zwischen der einleitend erwähnten idealistischen Vorstellung der kollektiven Friedenssicherung und der nüchternen Wirklichkeit des Gleichgewichts der Kräfte. Dadurch wird die Neigung der Grossmächte zumindest einge-

dämmt, die UNO-Mechanismen einfach zu umgehen, um ihre Interessen mit anderen Mitteln zu vertreten.

Anderseits wohnt dem Vetorecht die Gefahr eines übermässigen Gebrauches inne, die in der heutigen gespannten internationalen Lage unübersehbar ist. War es in den Anfängen der Vereinten Nationen vor allem die UdSSR, die sich häufig des Vetos bediente, so greifen gegenwärtig insbesondere die USA zu dieser Waffe.

In der Generalversammlung hingegen, in der die Schweiz im Falle eines Beitrittes Einsitz nähme, besitzen alle Staaten dieselben Rechte, wobei für bestimmte Fragen eine Zweidrittelsmehrheit erforderlich ist. Dies gilt unter anderem für die Aufnahme neuer Mitglieder. Die Wirkung des Mehrheitsprinzips wird aber insofern abgeschwächt, als die Entscheide der Generalversammlung nur im Bereich des UNO-Budgets normative Kraft haben. Auf den übrigen Gebieten haben ihre Beschlüsse einen empfehlenden Charakter. Einerseits erwächst daraus ein Verlust an Durchsetzungsvermögen. Anderseits entspricht diese Regelung – wie auch das Vetorecht – dem faktischen Zustand der internationalen Staatengemeinschaft, die nach wie vor mangels einer übergeordneten Autorität anarchische Züge aufweist. Dennoch wäre es unzutreffend, die Resolutionen der Generalversammlung als Nebensächlichkeit zu vernachlässigen. Sie sind jedenfalls als Ausdruck einer Weltmeinung zu verstehen. Man sollte zwar keineswegs so weit gehen wie Woodrow Wilson, der davon sprach, dass «die Meinungen die Welt regieren» (opinions govern the world), da wir immer noch in einem System der realen Macht leben. Die Arroganz der Macht vermag sich über gewisse Resolutionen der Vereinten Nationen hinwegzusetzen. Sie ist jedoch ausserstande, deren Wirkungen zu beseitigen. So drücken die Afghanistan- und Kambodscha-Resolutionen eine klare Ablehnung von «faits accomplis» aus, die im Widerspruch zu völkerrechtlichen Grundsätzen unter Anwendung roher Gewalt geschaffen wurden.

Lösungswege

Die Resolutionen haben noch andere Konsequenzen: Sie zeichnen unter Umständen Lösungswege für bestimmte politische Probleme auf und werden somit von den Streitparteien als Ausgangspunkt für die Beseitigung eines Konfliktes angerufen. Dies gilt etwa hinsichtlich Namibias für die Resolution 435 des Sicherheitsrates. Ferner fällt für manche Staaten die innenpolitische Tragweite solcher Beschlüsse der Vereinten Nationen ins Gewicht, da sich ihre öffentliche Meinung oder einzelne politische Bewegungen darauf abstützen. Daher legen diese Staaten Wert darauf, ihr Abstimmungsverhalten genau zu begründen. In der Praxis steht zu diesem Zweck ein vielfältiges Instrumentarium zur Verfügung, weshalb es für die Schweiz ohne weiteres denkbar wäre, ein Abstimmungsverhalten zu entwickeln, das ihren Grundüberzeugungen gerecht wird.

Innerhalb der drei Varianten – Ja, Nein und Enthaltung – gibt es mancherlei Schattierungen. So lassen sich neben einem «Ja» zu einzelnen Paragraphen einer Resolution Vorbehalte anbringen, oder man kann darüber so-

gar besondere Abstimmungen verlangen. Auch bei Annahme eines Textes mit «Konsens» – was sich namentlich im humanitären Bereich häufig ereignet – oder bei Verabschiedung «ohne Abstimmung» sind Vorbehalte möglich. In solchen Fällen kommt es auch vor, dass einzelne Länder erklären, dass sie keine Einwendungen vorgetragen hätten, weil sie den Konsens der Staatengemeinschaft nicht hätten brechen wollen, dass sie aber die Vorlage bei einem formellen Votum verworfen hätten. Ganz allgemein sticht bei den Abstimmungsprozeduren ins Auge, wie stark der souveräne Charakter jedes einzelnen Mitgliedes des Stimmforums hervorgehoben wird – handle es sich nun um einen Zwergstaat oder um eine Supermacht. So genügt beispielsweise die Stimme eines einzigen, um einen Konsens zu brechen und um alle anderen zu zwingen, Farbe zu bekennen.

Auch hinsichtlich der Enthaltung steht ein breiter Fächer von politischen Varianten zur Verfügung. Die Begründung dieses Nichtvotums vermittelt einen grossen Handlungsspielraum. So kann man sich beispielsweise mit der Substanz einer Resolution einverstanden erklären und die Enthaltung nur auf eine bestimmte Passage des Textes zurückführen. Neben der formellen Enthaltung trifft man auf eine weitere Möglichkeit, bei der einzelne Länder – trotz physischer Präsenz ihrer Vertreter – bekanntgeben, sie nähmen an der Abstimmung nicht teil oder sie seien «abwesend».

Prozedur als Waffe

Es versteht sich von selbst, dass in einem solchen Forum die Verfahrensordnungen einen hohen Stellenwert besitzen. Die genaue Kenntnis und die geschickte Anwendung dieser Reglemente erweisen sich deshalb für die erfolgreiche Führung von Debatten als unentbehrlich. Die Prozedurvorschriften verwandeln sich in taktische Verhandlungswaffen, um materielle Entscheide zu beeinflussen. Diese vermag sich je nach Sachverhalt zugunsten einer politischen Mässigung auszuwirken, wie es im Rahmen der 37. Session der Generalversammlung im Zusammenhang mit dem Antrag Irans geschah, Israel aus diesem Gremium auszuschliessen. Dem entsprechenden Begehren waren intensive diplomatische Bemühungen vorausgegangen, die darauf abzielten, dem Prinzip der Universalität der Weltorganisation Nachachtung zu verschaffen. Nachdem aber Iran dessen ungeachtet den erwähnten Vorstoss unternahm, beschloss die Generalversammlung einer finnischen Eingabe folgend, unter Anwendung ihrer Verfahrensordnung über das iranische Ansinnen gar nicht abzustimmen.

Das Sekretariat der Vereinten Nationen steht bei der Aufzählung ihrer Organe in der Charta an letzter Stelle. In der Tat handelt es sich hier keineswegs um eine Institution, die ähnlich wie die Exekutive gemäss Staatslehre eine herrschaftliche Gewalt ausüben würde. Im Gegenteil! Das UNO-Sekretariat bildet gegenüber den Mitgliedern ein eigentliches Dienstleistungsorgan. Es erscheint nicht als anonymer bürokratischer Machtfaktor, zumal ja auch die Mitglieder entsprechend ihrer Beitragsquote am UNO-Budget das Personal des Sekretariates stellen. Demzufolge ist darin die westliche Gruppe relativ stark ver-

treten. Der Generalsekretär nimmt in erster Linie politische Aufgaben zur Verringerung internationaler Spannungen wahr. Der neue Amtsinhaber, Javier Perez de Cuellar, übt diese Tätigkeit zielstrebig, nüchtern und diskret aus, was sich insbesondere in seinem Bericht über den Zustand der Vereinten Nationen niederschlug, den er bei Beginn der 37. Session der Generalversammlung vorlegte.

Im praktischen Umgang mit den Vereinten Nationen gilt es, die Vorstellung zu berichtigen, wonach man ihren Wert allein nach den Ergebnissen beurteilen könne, die sie bei der Klärung der grossen weltpolitischen Konflikte erzielt. Aus einer solchen Betrachtungsweise ergeben sich oft Zerrbilder, die sich beim Ausbleiben rascher Erfolge in einer oberflächlichen Missbilligung der Weltorganisation niederschlagen. An diesem Massstab sind insbesondere zwei Korrekturen anzubringen. Erstens ginge es darum, nicht jener Neigung zu verfallen, welche – um mit einem Bild eines hohen UNO-Beamten zu sprechen – die Organisation jeweils nur dann zur Kenntnis nimmt, wenn jemand vom «Balkon der Weltbühne hinunter zu Boden stürzt». Das durch die Vereinten Nationen gebildete «Sicherheitsgeländer, das manche andere vor einem Sturz bewahrt», wird hingegen häufig übersehen.

Allerdings ist es der UNO nicht gelungen, den Nahost-Konflikt und die Afghanistankrise zu beseitigen. In beiden Bereichen leistet sie jedoch auf diskrete Weise nützliche Dienste. Ihre Truppen im Südlibanon – UNIFIL – konnten zwar die israelische Invasion nicht verhindern, sie bilden aber nach wie vor einen stabilisierenden Faktor, den alle Streitparteien begrüssen. In diesem Sinne hat der Sicherheitsrat vor kurzem das Mandat der UNIFIL verlängert.

Die humanitäre Rolle der Vereinten Nationen ist hervorzuheben. Im Nahen Osten sorgen sie für Hunderttausende von palästinensischen Flüchtlingen, und in bezug auf Afghanistan sichern sie das Überleben von mehr als zwei Millionen Entwurzelten, die als Folge der sowjetischen Invasion vertrieben wurden.

Als zweite Korrektur ist daran zu denken, dass der eigentliche politische Bereich – also die Tätigkeit des Sicherheitsrates sowie die unmittelbar friedenserhaltenden und spannungsverringernden Aufgaben der Organisation – bei einer quantitativen Betrachtung ihres Arbeitsfeldes nur etwa zehn Prozent der ihr zur Verfügung stehenden Mittel beansprucht, während die verbleibenden Ressourcen zu einem grossen Teil wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Problemen zugute kommen.

Unterorgane und Finanzhaushalt

Das Schwergewicht der UNO-Aktivitäten tritt unter anderem dadurch zutage, dass sich die Generalversammlung ungefähr 95 und der Wirtschafts- und Sozialrat rund 50 Unterorgane geschaffen haben, die mehrheitlich nur den Mitgliedern offenstehen. Es handelt sich etwa um die Völkerrechtskommission, die Kommission für Handelsrecht sowie um die technische und juristische Kommission für Weltraumangelegenheiten. Die Schweiz muss sich damit abfinden, nur in fünf, beziehungsweise zehn dieser Neben-

organe vertreten zu sein. Auch aufgrund dieser umfassenden Aktivitäten der UNO-Hauptorganisation in Sachfragen vermag unsere Mitgliedschaft in den Spezialorganisationen die Nachteile der Aussenseiterrolle bereits seit längerem nicht mehr wettzumachen.

Der Haushalt der UNO hat sich in den letzten Jahren schrittweise vergrössert. In gewisser Hinsicht drückt diese Entwicklung nichts anderes aus als die wachsenden Interdependenzen in der internationalen Staatengemeinschaft. Angesichts der weltweiten Rezession und der Budgetschwierigkeiten der meisten UNO-Mitglieder hat sich mittlerweile vor allem unter den westlichen und sozialistischen Ländern die Einsicht durchgesetzt, dass der Ausdehnung des UNO-Haushaltes Grenzen gesteckt werden müssen. Über die Art und Weise, wie dieses Ziel zu erreichen ist, herrschen aber beträchtliche Meinungsunterschiede, wobei in der westlichen Gruppe immerhin ein Konsens darüber besteht, das Budgetproblem nicht in einen Nord-Süd-Konflikt entarten zu lassen.

In Anbetracht dieser Debatten über Prioritäten und Umfang des Finanzhaushaltes der Vereinten Nationen sollte man nicht aus den Augen verlieren, dass die reale Höhe ihrer Ausgaben immer noch vertretbar bleibt. In der Budgetperiode 1982/83 belaufen sie sich jährlich auf rund 700 Millionen Dollar. Um diese Zahl mit einer anderen Grösse in eine aussagefähige Relation zu bringen, sei darauf hingewiesen, dass sie nach Berechnungen des Präsidialamtes der Stadt New York ungefähr dem wirtschaftlichen Nutzen entspricht, den die amerikanische UNO-Kapitale aus der Präsenz der Weltorganisation zieht.

Der Status der Eidgenossenschaft

Die hier beschriebenen Entscheidungsabläufe gelten nur für die Mitglieder der Organisation. Der Aussenseiter Schweiz muss sich mit weit schlechteren Bedingungen abfinden, über die sich einer meiner britischen Kollegen in dem Sinn äusserte, dass es für ihn – mit allem Respekt für die souveräne Entscheidungsbefugnis der Schweiz in dieser Angelegenheit – nach wie vor kaum zu begreifen sei, dass einer der ältesten und am meisten respektierten Staaten der Welt freiwillig ausserhalb des einzigen globalen Forums der internationalen Zusammenarbeit stehe, zwar Sitzstaat dieser Organisation sei, sich aber mit einem Status begnüge, der dem Ansehen unseres Landes nicht gerecht werde.

Zu diesem Status ist zu bemerken, dass er, juristisch gesehen, eigentlich gar nicht existiert, da weder das Gastland USA noch die Vereinten Nationen die Stellung des Beobachters ausdrücklich regeln. Somit erscheint unsere Position in rechtlicher Hinsicht als notdürftiges Flickwerk. Die Leiterin der Mission, Frau Botschafter Pometta, ist beim amerikanischen State Department in Washington akkreditiert. Das diplomatische Personal wird als Teil des schweizerischen Generalkonsulates in New York betrachtet, dessen Angehörige in gewissen Bereichen günstiger dastehen als die übrigen Mitglieder der Mission. Die letztere als solche ist – wie erwähnt – juristisch inexistent.

Das rechtliche Dilemma des Beobachters wird durch seine faktische Lage noch verschärft. Solange eine ganze Reihe namhafter Staaten – hier ist vor allem an die Bundesrepublik Deutschland zu denken – noch keine

UNO-Mitgliedschaft besassen, war unsere tatsächliche Situation bedeutend besser, weil diese Länder gerade auch in wirtschaftlicher Hinsicht einen beträchtlichen Einfluss ausübten. Mittlerweile haben aber die Vereinten Nationen seit Jahren praktisch die Universalität erreicht, was die Schweiz in eine isolierte Aussenseiterrolle drängt. Abgesehen von einigen Mikrostaaten sind wir denn auch das einzige Land der Welt, das freiwillig ausserhalb der UNO steht. Zudem wurde der Beobachterstatus mehreren Befreiungsorganisationen zugebilligt, so dass sich die Stellung eines Staates, der sich mit der gleichen formellen Position abfinden muss, noch weiter verschlechtert hat.

Der Beobachter verfügt über keine institutionelle Möglichkeiten, auf den Gang der Geschehnisse einzuwirken. Seine Rechte sind hauptsächlich passiver Art: Er kann die Arbeiten der Organisation verfolgen – besitzt also das Zutrittsrecht – und er erhält die Dokumentation. Selbst diese Befugnisse unterliegen insofern Beschränkungen, als gewisse Entscheide im Rahmen von geschlossenen Sitzungen vorbereitet werden, zu denen der Beobachter nicht zwangsläufig Zugang findet. In solchen Fällen hängt er vom Wohlwollen der dabei beteiligten Staaten ab, ihm Einblick in die entsprechenden Konsultationen zu gewähren.

Wenn er dennoch an Sitzungen teilnimmt, fehlt ihm die entscheidende Kompetenz – nämlich das Stimmrecht. Er vermag sich auch nicht formell an jenen für die Vereinten Nationen so typischen Verhandlungsprozessen zu beteiligen, die dem Kleinstaat ein Gewicht verleihen können, über das er in bilateralen Kontakten kaum verfügt. Die Mitglieder nehmen zwar die Präsenz der Mission zur Kenntnis. Der Beobachter wird aber nicht in das Willensbildungsverfahren einbezogen, da er dem fundamentalen Verhandlungsgrundsatz «do ut des» keine Folge leisten kann. Er hat weder etwas anzubieten, noch ist er imstande, Gegenleistungen zu fordern. Somit bleibt er auf den guten Willen der Staatengemeinschaft und auf die persönlichen Beziehungen zwischen seinen Vertretern und den anderen Delegationen angewiesen.

Grundsätzlich besitzt er auch kein Rederecht. Unter bestimmten Voraussetzungen ist es ihm allerdings erlaubt, in den Unterausschüssen der Generalversammlung das Wort zu ergreifen. Zu diesem Zweck muss er dem Präsidenten dieser Kommissionen in der Regel ein schriftliches Gesuch unterbreiten. Wird seinem Begehren stattgegeben, kommt er erst als letzter an die Reihe, was seine Intervention von allem Anfang an benachteiligt.

Diese unerfreuliche Lage ist einzig im Wirtschafts- und Sozialrat, dem ECOSOC, besser. Diesem Organ der Vereinten Nationen gehören nämlich nur rund ein Drittel der UNO-Mitglieder an. Die übrigen Staaten haben Gelegenheit, nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel turnusgemäss im Rat Einsitz zu nehmen. Während jenen Perioden hingegen, in denen sie nicht im ECOSOC mitwirken, besitzen sie einen in der Geschäftsordnung ausdrücklich vorgesehenen Beobachterstatus, dessen Rechte dann jeweils auch die Schweiz geltend machen kann.

Diese Ausnahme ändert aber wenig am grundlegenden Zwiespalt unserer Beobachterrolle, die uns immer wieder vor Augen führt, dass die Vereinten

Nationen eine Vielzahl von Problemen behandeln, die unsere Interessen berühren, die wir jedoch nicht oder nur hinter den Kulissen beeinflussen können, da uns als Nichtmitglied weitgehend die Hände gebunden sind. Es liegt in absehbarer Zeit an Volk und Ständen, ob diese Lage verändert wird.

Erwin H. Hofer

Literatur aus der Schweiz – in der Sowjetunion

Hinweis auf neue Studien und Textausgaben [1]

«Die Literatur der Schweiz ist entstanden in einem kleinen Land mit seinen spezifischen Bedingungen und seiner eigenen Geschichte. Und doch birgt diese Literatur Lektionen in sich, welche weit über die Grenzen dieses Landes hinaus bedeutsam und nützlich sein können. Sie zwingt zum Nachdenken über die Inkongruenz von Komfort und Glück. Über die totgeborene Idee eines ‚Lebens um des Lebens willen', da diese Idee das dem Menschen organisch innewohnende Streben nach Gerechtigkeit, Protest und Solidarität verhindert. Über die Unmöglichkeit eines Lebens, das sich mit dem Bestehenden – fern von hohen Zielen und gemeinschaftlichen Aufgaben – zufriedengibt.» Zu diesem Fazit kam, vor nunmehr anderthalb Jahrzehnten, die sowjetische Germanistin Nina Pawlowa in einer umfassenden Übersichtsdarstellung zur damaligen Situation der Erzählliteratur in der deutschsprachigen Schweiz (*VL,* 1969, V), einer Darstellung, die, ausgehend von Max Frischs Prosawerk, im wesentlichen an Autoren der heutigen «mittleren Generation» – an Hans Boesch, Urs Jaeggi, Herbert Meier, Hugo Loetscher, Peter Bichsel, Walter Matthias Diggelmann, Otto F. Walter – orientiert war. Der Interessenkreis der Schweizer Literatur, so glaubte die Autorin feststellen zu können, werde sich mehr und mehr erweitern, werde hinausgreifen über die *«relative Isoliertheit»* des Landes und sich öffnen für *«ein im allgemeinmenschlichen Sinn unvergleichlich viel höheres und verantwortungsvolleres Gefühl – das Gefühl, an den Gang der Geschichte angeschlossen zu sein»: «Die schweizerischen Schriftsteller halten gesellschaftliche Erschütterungen in ihrer Heimat für ausgeschlossen. Doch sie versuchen ihren Landsleuten das Geschick der Schweiz wie auch das Geschick der Menschheit als eine Aufgabe vor Augen zu führen, deren Lösung die Mitwirkung aller erfordert.»*

Nina Pawlowas verständnisvoll-kritische Standortsbestimmung der *«jungen Schweizer Prosa» nach* Max Frisch – der in seiner Art erstmalige Versuch, dem sowjetischen Publikum die Schweiz als literarischen Kontinent zu erschliessen – war begleitet und gefolgt von einer Reihe gewichtiger helvetistischer Buchpublikationen, unter denen (nebst mehreren Titeln von Frisch und Dürrenmatt in russi-

scher Übersetzung) ein historisches Sammelwerk über *«Die Literatur der Schweiz»* (Moskau 1969) von Théodore de Bèze und Albrecht von Haller bis hin zu Ramuz und Frisch, eine Anthologie deutschschweizerischer Kurzprosa von Alfred Bangerter bis zu Max Schmid und Georg Thürer (*«Zürich transit»*, Moskau 1970) sowie eine Monographie von Melitina Borodina über *«Die zeitgenössische rätoromanische Literatursprache der Schweiz»* (Moskau 1969) besondere Erwähnung verdienen. In die späten sechziger und frühen siebziger Jahre fielen im übrigen auch die grossen sowjetischen Theatererfolge Dürrenmatts (*«Komödien»*, Moskau 1969) und Frischs (*«Stücke»*, Moskau 1970); von Max Frisch erschienen im weiteren die Romane *«Stiller»* (Moskau 1972), *«Homo Faber»* und *«Mein Name sei Gantenbein»* (Moskau 1975) in russischer Übersetzung, während Friedrich Dürrenmatt – ähnlich wie Heinrich Böll – durch sein prononciertes politisches Engagement nach 1968 allmählich ins «antisowjetische» Abseits geriet, was die Rezeption seines dramatischen, erzählerischen und essayistischen Werks in der UdSSR zunehmend erschwerte und schliesslich – bis heute – fast gänzlich zum Erliegen brachte.

Nachdem noch 1974, als erste Vertreter der hinter Dürrenmatt und Frisch aufrückenden Autorengeneration, Walter Matthias Diggelmann mit dem Roman *«Die Vergnügungsfahrt»* und Otto F. Walter mit *«Der Stumme»* und *«Herr Tourel»* in Buchform hatten vorgestellt werden können, verengte sich das Interesse am schweizerischen Literaturschaffen für lange Zeit wiederum – fast ausschliesslich – auf Max Frisch, dessen stellenweise sowjetkritisches *«Tagebuch 1966–1971»* (1972) behördlicherseits mit Nachsicht ignoriert wurde und den weiteren Rezeptionsverlauf in keiner Weise beeinträchtigte. Nach wie vor jedenfalls pflegt man Frisch *«Aufrichtigkeit»* und *«Mannhaftigkeit»* in seiner beharrlichen Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und dem *«ganzen bourgeoisen System»* zu bescheinigen, was wiederum seinen Rang als *«einer der wohl bedeutendsten [Wortkünstler] in der heutigen westlichen Welt»* bestätigen soll (so Dmitrij Satonskij in *Okt*, 1981, XII). Mittlerweile wird man wohl davon ausgehen dürfen, dass von und über Max Frisch in der UdSSR ebensoviele Übersetzungen und sekundärliterarische Publikationen vorliegen, wie dies für die zeitgenössische Literatur der Schweiz insgesamt der Fall ist; und beinahe macht es den Anschein, als sei «Überlebensgross Herr Frisch» für die Sowjetkritik zum verbindlichen Massstab im wertenden Umgang mit anderen, namentlich jüngeren Schweizer Autoren geworden, die nun ihrerseits, um als legitime Vertreter helvetischen Schrifttums überhaupt ernstgenommen zu werden, jenen «moralischen» und «politischen» Rigorismus unter Beweis zu stellen haben, für den Frisch, durch Werk und Leben, das Beispiel gegeben hat.

In einem grossangelegten Versuch über die deutschschweizerische Literatur der siebziger Jahre, den Wladimir Sedelnik vor Jahresfrist unter dem Titel *«Entdeckung der Wirklichkeit und Suche nach dem Helden»* (*VL*, 1982, II) hat erscheinen lassen, heisst es dazu:

«Max Frisch mit seinem Gefühl ständiger Besorgnis und seiner Bereitschaft, andere aufzurütteln, war der eigentliche Auslöser zahlreicher gesellschaftlicher und literarischer Aktivitäten. Als einer der ersten sprach er im Roman ‚Stiller' vom Bruch mit der satten helvetischen Trägheit; als erster machte er auf die mangelnde Darstellung der Schweiz und ihrer sozialen und politischen Probleme aufmerksam; als erster zog er die Unerschütterlichkeit gesellschaftlicher Axiome in Zweifel, zerstörte Illusionen und Dogmen, bekämpfte Phrasen und falsche Vorstellungen.»

Frisch habe massgeblich dazu beigetragen, dass *«die Stützen des anrüchigen Mythos von der Exklusivität der Schweiz»* obsolet wurden und zerfielen; dass die Literatur aus dem Regionalismus – aus der *«Sackgasse der lokalen Beschränktheit»* – schliesslich herausfand und zu einem *«Teil der europäischen und Weltkultur»* werden konnte. Verhältnismässig lange habe Frisch, in der Nachfolge eines Glauser, eines Bührer, eines Ludwig Hohl, auf einsamem, gerade deshalb aber auch besonders exponiertem Posten gekämpft, indem er *«die sich verschärfenden Widersprüche einer Gesellschaft»* anprangerte, *«die behauptete, ‚Klassenharmonie' erreicht zu haben»*, dabei aber gleichzeitig ihre Gastarbeiter in *«Armut und Rechtlosigkeit»* verkommen liess.

«Erst die Erschütterung Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre konnte den Mythos [vom ‚Sonderfall Schweiz'] endgültig zerbrechen: Dem frontalen Zusammenstoss mit der Wirklichkeit hielten nicht einmal die schweizerischen Verteidigungsbastionen stand ... In diesen Jahren verstärkte sich unter dem Einfluss der Radikalisierung der Jugendbewegung spürbar die emotionale Negation der alten Welt, wurde die Ablehnung des Bestehenden aktiver, bewusster und entschiedener. Es zeigte sich das Bestreben, die soziale Struktur der Gesellschaft zu erforschen, es wuchs das Interesse am Marxismus.»

Wiederum war es, nach Sedelnik, *«der rastlose und allgegenwärtige Max Frisch»*, der als einer der ersten *«offen die ‚Nationalheiligtümer' antastete»* und sie – in *«Wilhelm Tell für die Schule»* (1971) – kompromisslos entlarvte:

«Frisch zerstörte die Sage von Wilhelm Tell, der einst von Schiller besungen worden war, entriss dieser Figur den Nimbus des Helden und entzog damit den Konservativen und Reaktionären das abgedroschene Argument von den Tugenden der Urschweizer, die Engels einstmals verspottet hatte. Das Tabu war verletzt, und im Gefolge Frischs nahmen die Schriftsteller der jüngeren Generation die ideologischen Postulate der Rechten ins Kreuzfeuer.»

Die «jüngere Generation», von der hier die Rede ist, hat in den siebziger Jahren – vertreten durch Autoren wie Kurt Marti und Walter Vogt, Jürg Federspiel und Hugo Loetscher, Urs Widmer und Gerold Späth – die konservativen *«Traditionen des verfeinerten Regionalismus»* (Kurt Guggenheim; Carl J. Burckhardt) endgültig zugunsten einer radikal aufklärerischen Schreibweise hinter sich gelassen und *«mit Hilfe von Ironie, Skepsis, Groteske und Einführung von irrealen, phantastischen Elementen»* eine *«besondere Methode zur Widerspiegelung der Wirklichkeit»* ent-

wickelt, welche es ihnen erlaubte, *«die scheinbar unerschütterlichen gesellschaftlichen Axiome, die nationalen Legenden, die Landesgeschichte, die Klischees und Schablonen der ideologischen Manipulationen des Massenbewusstseins, die literarischen Gattungen und sogar die Sprache selbst»* in Frage zu stellen. Sedelnik spricht in diesem Zusammenhang von der *«Generation der Skeptiker»*, deren ausserliterarisches Anliegen – Entlarvung des *«helvetischen Mythos»*, Kritik am schweizerischen *«Staatsaufbau»*, am *«Patriotismus»*, an der *«direkten Demokratie»* – er wohl zu würdigen weiss, die er jedoch durch einen fatalen *«Hang zur allegorischen, parabelhaften Wiedergabe komplizierter gesellschaftlicher Phänomene»* gefährdet sieht. Mit andern Worten: Anerkannt und belobigt wird das sozialkritische Engagement der *«Skeptiker»*, abgelehnt hingegen ihr Interesse am literarischen Text als solchem, ihre Anfälligkeit für den *«zerstörerischen Einfluss des Modernismus»*. Und hier setzt denn auch (sofern künstlerische Gesichtspunkte überhaupt in Erwägung gezogen werden) die zum Teil recht massive Kritik an, welche sowjetischerseits gegenüber einzelnen Schweizer Autoren vorgebracht wird und die immerhin bewirkt zu haben scheint, dass bislang keiner der bereits genannten Angehörigen der *«skeptischen Generation»* in der UdSSR durch eine Einzelpublikation vertreten ist.

Dass von linksengagierten Autoren nicht nur ein verlässliches, nach Möglichkeit zitierbares politisches Credo erwartet wird, sondern auch ein entsprechendes, auf *«realistische Glaubwürdigkeit»* ausgerichtetes künstlerisches Programm, lässt sich – ein Beispiel muss an dieser Stelle genügen – durch die herbe Kritik belegen, mit der in der Sowjetunion etwa auf Peter Bichsels Schaffen reagiert wird. Bichsel – so heisst es in einer Rezension der *«Geschichten zur falschen Zeit»* (*SChL*, 1981, III) – sei innerhalb von fünfzehn Jahren von einem Extrem ins andere geraten, indem er die *«reine Form»* seiner frühen Geschichten aufgegeben habe zugunsten einer *«spielerischen, unverbindlichen, von der Phantasie ausgehenden»* Darstellungsweise, welche lediglich belanglose Kommentare, nicht aber belangvolle Geschichten hervorzubringen vermöge: *«Peter Bichsels Sammelband dürfte kaum ‚zur rechten Zeit' gekommen sein und wird auch kaum ein breiteres Publikum erreichen; doch schuld daran wird nicht die Zeit haben, sondern das Buch selbst. Dieses ist von Interesse bloss als Übergangserscheinung, als Zeugnis angestrengten Suchens eines talentierten Künstlers . . .»* Und in Sedelniks zusammenfassender Arbeit zur jüngsten schweizerischen Literaturentwicklung (*VL*, 1982, II) steht – mit direktem Bezug auf Bichsel – zu lesen:

«Sind Zweifel, Skepsis und Ungewissheit keinem gezielten positiven Programm untergeordnet, so zerfressen sie das künstlerische Gewebe des Werks, die Struktur der Gestalten und auch die Sprache. Wird dem Wort nicht vertraut, bleibt nur die Flucht in die rettende Ironie, in Allegorie und Chiffrierung. Das Ergebnis ist trotz aller Erfolge dieser Literatur unvermeidlich ein Verlust an Plastizität, an realistischer Glaubwürdigkeit. Das Spielen des Schriftstellers mit dem Wort stellt nicht nur die historische,

sondern auch die künstlerische Realität in Frage ... Hauptergebnis seiner Bemühungen ist die Unmöglichkeit, ein realistisches Werk zu schaffen ... und – nur zu natürlich – eine langanhaltende Schaffenskrise.»

Dem Vorwurf, *«den unmittelbaren Kontakt zur lebendigen Wirklichkeit verloren»* zu haben, sieht sich im selben Problemkontext – künstlerischer Modernismus *contra* politische Progressivität – auch Friedrich Dürrenmatt ausgesetzt, dessen Ansehen bei der sowjetischen Kritik in den vergangenen fünfzehn Jahren stetig abgenommen und neuerdings wohl – im Gegensatz zu demjenigen Max Frischs – seinen Tiefpunkt erreicht hat. Während Frischs jüngste Werke – *«Montauk»*, *«Der Mensch erscheint im Holozän»*, *«Blaubart»* – in der UdSSR jeweils schon bald nach Erscheinen der Originalausgabe in russischer Übersetzung veröffentlicht und von der Kritik durchweg mit hohem Lob bedacht wurden (vgl. *LG,* 1976, XXIX; *VL,* 1976, V; *Okt,* 1981, XII; *IL,* 1981, I; *IL,* 1982, XI; *LG,* 1982, XX; *Pov,* Moskau 1982), blieb das sowjetische Echo auf Dürrenmatts *«Stoffe I–III»* auf das Kurzresümee einer Rezension aus der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» beschränkt (*IL,* 1982, V) ...

Dürrenmatt selber habe sich, schreibt Sedelnik, zur *«Belanglosigkeit»* verurteilt, indem er die grotesken Elemente und die apokalyptischen Motive in seinen letzten Stücken bis zur Unglaubwürdigkeit überhöht habe und *«so zu einem düsteren Propheten geworden»* sei, *«der monoton und unentwegt vom unausbleiblichen Ende der Menschheit spricht»;* man müsse deshalb feststellen, *«dass sich in den vom Dramatiker gebotenen Modellen der Welt kein Platz findet für die historisch progressiven Kräfte, die sich dem Zerfall der humanistischen Werte der westlichen Gesellschaft aktiv widersetzen»*. Der Kritiker möchte freilich hoffen, dass es Dürrenmatt gelinge, seinen künstlerischen Extremismus zu überwinden und *«seine frühere gesellschaftlich-demokratische Haltung wiederzufinden»*.

Bei weitem nicht alle zeitgenössischen Schweizer Autoren hätten sich aber, wie Sedelnik im weiteren betont, in die Groteske, in Allegorien und Anspielungen geflüchtet, um ihren *«verborgenen Unmut»* über die herrschenden Zustände zur Darstellung zu bringen. Als wegweisendes Vorbild wird auch an dieser Stelle Max Frisch genannt, der sich seit dem Erscheinen der autobiographischen Erzählung *«Montauk»* (1975) erneut *«als Bahnbrecher in der Prosa erwiesen»* und den *«sozialkritischen Psychologismus»* in der Schweizer Literatur zur Vollendung gebracht habe. *«Montauk»* sei ein Buch, das *«viele Menschen angeht»,* betont Dmitrij Satonskij in seiner Vorrede zu Frischs neuster Einzelpublikation *(«Povesti»)* in russischer Sprache:

«Es verhilft uns dazu, sein Schaffen und sein Leben besser zu verstehen. Und ausserdem haben wir es ja nicht nur mit dem Leben des Schriftstellers zu tun, sondern auch mit dem Leben eines Menschen, dem Leben eines progressiven westlichen Intellektuellen, welches sowohl durch seine Allgemeingültigkeit wie auch durch seine Einzigartigkeit von Bedeutung ist. Und letztlich haben wir, was auch immer Frisch dazu sagen mag, ein künstlerisches Werk vor uns, eben

doch eine ‚Erzählung', vielleicht sogar einen ‚Roman' ... Frisch hat weder die Helden noch die Ereignisse geschaffen. Er hat sie miteinander verbunden durch den Knoten der ‚zentripetalen' Romankomposition: er hat einen kurzen Zeitabschnitt herausgegriffen (ein am Atlantikstrand verbrachtes Weekend), und von ihm aus hat er Reflexionsstränge über sein ganzes Leben ausgespannt. Gerade dadurch erwies sich sein Leben als abgehoben von allem Einmaligen und Privaten. In diesem Sinn ist ‚Montauk' ein Roman – der ‚Roman' von Frischs Leben.»

Zu den in der Sowjetunion meistdiskutierten Schweizer Autoren gehören heute – neben und nach Max Frisch – Adolf Muschg und Walter Matthias Diggelmann, denen namentlich zugutegehalten wird, sie hätten als Vertreter des *«sozialkritischen Psychologismus»* einen bedeutsamen Beitrag *«zur Erforschung des Menschen als eines ‚Sonderfalls' und zur Untersuchung der Wirkungsweise des gesellschaftlichen Organismus»* geleistet (*VL*, 1982, II). In einer Sammelbesprechung zu Diggelmanns erzählerischem Spätwerk (*SChL*, 1981, IV) wird diesem Autor – nicht ohne polemischen Unterton zur Belehrung der *«Formalisten»* und *«Modernisten»* – bestätigt, er habe wie kaum ein anderer sein Leben mit seinem Werk zur Deckung gebracht und dieses durch jenes abgegolten; er habe *«avantgardistische Experimente stets mit Entschiedenheit verworfen»*, da er sie lediglich für eine Flucht aus der Sphäre menschlicher Verpflichtungen hielt; durch sein Schaffen insgesamt habe er einen *«bemerkenswerten Beitrag zur Bereicherung und Erneuerung der sozialkritisch ausgerichteten schweizerischen Nachkriegsliteratur»* geleistet:

«Polemik, Auseinandersetzung, Diskussion – dies sind die wichtigsten Elemente der künstlerischen Struktur seiner Werke. Jede seiner Geschichten ist eine Anschuldigung – jener Gesellschaftsordnung ins Gesicht geschleudert, deren Erbarmungslosigkeit und Inhumanität Diggelmann als unehelicher Sohn einer Magd vom Dorfe und als autodidaktischer Schriftsteller aus eigener bitterer Erfahrung kennengelernt hat. In fast allen seinen Büchern gibt es viel Persönliches, viel Autobiographisches: indem er das Einmalige dem Allgemeinen, die Wahrheit der Fiktion gegenüberstellt, unternimmt er den Versuch, im individuellen Schicksal das aufzuspüren und festzuhalten, was zur Auffindung des Lebenssinns und der geschichtlichen Wahrheit führt.

Wenn Diggelmann dieses labile Gleichgewicht zwischen *«Tatsache und Erfindung»* verliert, weil er *«sich allzu weit von seiner persönlichen Erfahrung entfernt»*, muss er freilich, wie der sowjetische Kritiker betont, als Künstler scheitern; und dies ist etwa dort der Fall, wo er – wie im Roman *«Der Reiche stirbt»* (1977) – nicht nur die *«Unmenschlichkeit»* des helvetischen Kapitalismus herausstellt, sondern auch den *«entwickelten Sozialismus»* in der UdSSR kritisch unter die Lupe nimmt und mit satirischer Schärfe aufzeigt: *«Diesem Roman fehlen sowohl Tiefe wie Plastizität; es fehlt auch die gesellschaftliche Wirklichkeit der heutigen Schweiz – dafür aber gibt es ein Übermass an nackter Plakathaftigkeit, an übelstem Literatengeschwätz, insbesondere in*

jenen Episoden, welche sich auf eine touristische Reise [des Romanhelden] durch die UdSSR beziehen. Die ideell-inhaltliche Verschwommenheit [des Buches] bewirkte auch dessen unübersichtliche künstlerische Struktur und hatte somit einen schöpferischen Fehlschlag zur Folge.»

Hier wird nun also unmissverständlich klargemacht, dass die literarische Qualität eines Textes lediglich als sekundäre Funktion von dessen ideologischem Gehalt und der klassenkämpferischen Parteilichkeit des Autors zu gelten hat. Daher muss denn auch – beispielsweise – ein *«gefeierter und reicher»* Schriftsteller wie Max Frisch, der *«in einem teuren ‚Jaguar' umherreist, ein Eigenheim im erholsamen Tessin und ein solides Konto auf der Bank besitzt»* vor dem sowjetischen Publikum als progressiver Kunstschaffender legitimiert werden, indem man betont, dass er *«psychologisch»* und *«ideell»* nach wie vor *nicht* zur besitzenden Klasse, vielmehr zu deren unerbittlichen Kritikern gehört (*Okt,* 1981, XII; *Pov,* 1982): *«... obwohl er sich mit schwerreichen Leuten zu treffen pflegt, fühlt er sich seelisch doch bei den Minderbemittelten zu Hause. Und was noch wichtiger ist: er hält ihnen auch ideologisch die Treue, ist er doch ein bewusster Gegner des herrschenden Systems ...»*

In einem jüngst erschienenen Grundsatzartikel der Moskauer *«Literaturzeitung»* (*LG,* 1983, XI) zur Aktualität des Marx'schen Denkens für die Ästhetik des Sozialistischen Realismus wird dessen Darstellungsfunktion einmal mehr auf das Widerspiegelungspostulat zurückgeführt und wie folgt umschrieben:

«Die Kunst wird bei Marx unter verschiedenen Gesichtspunkten – dem gesellschaftlichen, dem gnoseologischen und dem kulturologischen – ins Auge gefasst ... Seiner Meinung nach waren alle grossen Künstler und Schriftsteller bestrebt, die Wirklichkeit allumfassend und wahrheitsgetreu wiederzugeben, und das Kriterium der Grösse ihrer Kunst ist stets ihr gesamtheitlicher Zugriff und die Wirklichkeitstreue bei der Widerspiegelung des Lebens in all seinen Erscheinungsformen gewesen ... Nach Marx'scher Überzeugung ist der Realismus jene künstlerische Methode, welche die allertiefste Erkenntnis der realen Welt gewährleistet. Demgegenüber erachtet Marx jegliches Bemühen, das Zufällige, das Unwesentliche [künstlerisch] festhalten zu wollen, als verderblich für die echte Kunst.»

Unter derartigen Rezeptionsbedingungen versteht es sich von selbst, dass künstlerische und literarische Werke, die – weil sie vorab auf ästhetische *«Wirkung»*, und nicht auf ideologischen *«Kampf»* angelegt sind – von der Sowjetkritik pauschal als *«formalistisch»* und *«modernistisch»*, mithin als *«entmenschlicht»*, als *«asiozial»* und *«eskapistisch»* abgelehnt werden. Mit Blick auf die zeitgenössische literarische Szene der Schweiz bedeutet dies konkret, dass Autoren, welche literarisch etwas mehr – und etwas anderes – zu leisten versuchen als die blosse Widerspiegelung sozialpolitischer Gegebenheiten, in der UdSSR entweder als «Künstler um der Kunst willen» abgefertigt oder aber gar nicht erst zur Kenntnis genommen werden. So hat beispielsweise Paul Nizon, auf dessen polemische Publizistik aus den sechziger Jahren

die sowjetische Presse noch heute gern und oft zurückgreift, wenn es gilt, die *«Engstirnigkeit»* und *«Kulturlosigkeit»* der eidgenössischen Bourgeoisie zu denunzieren, mit seinen letzten literarischen Arbeiten (*«Stolz»*, 1975; *«Das Jahr der Liebe»*, 1982) keinerlei Echo gefunden; dasselbe gilt für Erica Pedretti und Gertrud Leutenegger, für Jürg Laederach und E. Y. Meyer, für Etienne Barilier und Giorgio Orelli, wohingegen die aus der Nachfolge Frischs hervorgegangenen Vertreter des *«sozialkritischen Psychologismus»* – allen voran Adolf Muschg – sich in der UdSSR zunehmender Beliebtheit erfreuen, da sie durch die Verallgemeinerung persönlicher (*«authentischer»*) Erfahrung zu einem *«ernsthaften Erfassen der Dialektik des Lebens am konkreten Stoff»* gelangt sind und damit zur Schaffung eines *«aktiven und moralisch hochstehenden Helden»* beigetragen haben (*VL*, 1982, II).

Adolf Muschg, von dem unter dem Titel *«Reise in die Schweiz»* (Moskau 1978) ein Band ausgewählter Erzählungen in russischer Übersetzung vorliegt, wird von der Sowjetkritik vor allem als verlässlicher Anwalt jener Leute gewürdigt, denen es unter den Bedingungen der kapitalistischen Leistungsgesellschaft – *«in einer Atmosphäre totaler Enthumanisierung»* – nicht vergönnt sei, zu sich selbst zu finden. *«Es ist unschwer festzustellen»*, schreibt Michail Rudnitzkij in seinem Vorwort zur *«Reise in die Schweiz»*, *«dass Muschg in allen seinen Erzählungen letztlich stets über ein und dasselbe berichtet: über die Entfremdung der Persönlichkeit in der bourgeoisen Gesellschaft, aber auch darüber, wie und weshalb der Mensch in dieser Gesellschaft niemals er selber und oft überhaupt kein Mensch sein kann.»* – In ähnlichem Verständnis interpretiert Wladimir Sedelnik (*SChL*, 1981, II) Muschgs Erzählung *«Noch ein Wunsch»*, indem er den *«ältlichen Advokaten Martin»* als einen tragischen Helden glaubhaft zu machen versucht, der zwar zu einem perfekten *«Bürger»*, nicht aber zur *«Persönlichkeit»* erwachsen sei. Alle Muschgschen Helden, so heisst es bei Sedelnik an anderer Stelle (*SChL*, 1981, VI), entstammten dem kleinbürgerlichen Milieu; alle hätten sie *«das vage Gefühl zunehmenden Unheils»*, und dadurch gerieten sie unweigerlich in *«elementaren Widerstreit zu ihrer mörderischen Umgebung, welche im Menschen den Menschen ertötet»:*

«Einsamkeit, Kommunikationsunfähigkeit, ins Unterbewusstsein verdrängte Schuldgefühle vor sich selber und den andern – das sind einige jener Seelenzustände und psychologischen Charakteristika, die man, mehr oder minder ausgeprägt, bei allen Helden dieses Schriftstellers finden kann.» Indes: «Auch wenn Muschg zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in seinem Land kritisch eingestellt ist, so kann er unter den Bedingungen der heutigen Schweiz doch keinerlei reale Alternative dazu erkennen. Die Helden seiner Bücher werden in der Regel nicht zu aktiven Handlungsträgern, also auch nicht zu bewussten Kämpfern für eine Umgestaltung der Gesellschaft.»

Seine Übersichtsdarstellung zur schweizerischen Erzählliteratur der siebziger Jahre (*VL*, 1982, II) schliesst Sedelnik mit einem Hinweis auf Silvio Blatters Roman *«Zunehmendes Heim-*

weh» (1978), der die hoffnungsvolle *Gewissheit* unterstreiche, *«dass es an der Zeit ist, die erstarrte Welt in Bewegung zu bringen, denn in ihrem Schosse sind die Kräfte herangereift, denen die Zukunft gehört»*, und auf das Werk Walther Kauers, dem er eine *«konsequente Klassenposition»* bescheinigt, wie sie vom Sozialistischen Realismus gefordert werde.

«Wenn Kauer, Blatter und andere Schriftsteller, die ihnen intentionell nahestehen, von der Vergangenheit und Gegenwart berichten, haben sie die Zukunft im Sinn. Die Zukunft des einstmals von Ereignissen brodelnden Landes, die Zukunft der in der drükkenden Atmosphäre des Konservatismus erstickenden jungen Schweizer, die Zukunft der Arbeiterbewegung und der proletarischen Kultur. Und die Tatsache, dass die Schriftsteller diese Zukunft unzweideutig mit der Notwendigkeit sozialistischer Veränderungen verbinden, macht aus ihren Büchern bedeutsame Erscheinungen der zeitgenössischen schweizerischen Literatur.»

Dies gilt insbesondere auch für Ernst Halters Roman *«Urwil AG»*, dessen russischsprachige Erstausgabe 1979 in Moskau erschienen ist und dem sowjetischen Publikum mit einem nachdrücklichen Hinweis auf das *«unverfälschte humanistische Pathos»* des Autors empfohlen wurde, der fern von *«modernistischen»* Versuchungen für die Bewahrung *«des Menschlichen im Menschen»* eintrete.

Man mag sich fragen, was derartige Überlegungen mit der schweizerischen Gegenwartsliteratur insgesamt, mit der helvetischen Wirklichkeit im besonderen und mit Literatur ganz allgemein (nämlich mit Literatur als *Kunst)* zu schaffen haben. Tatsache aber ist, dass die Rezeption neuerer Schweizer Literatur durch die Sowjetkritik konsequent an ausserliterarischen Kriterien – an der *«Klassenposition»* des jeweiligen Autors, am *«sozialkritischen Gehalt»* und am Veränderungspotential der Werke – orientiert bleibt und dass diese Orientierung, auch wenn sie noch so verfehlt zu sein scheint, immerhin die offizielle Vereinnahmung eines nicht unwesentlichen (obwohl keineswegs repräsentativen) Teils der Literaturen der heutigen Schweiz in der UdSSR ermöglicht und in jüngster Zeit gar so etwas wie eine *«schweizerische Welle»* ausgelöst hat, die sich nun auf breiter Front – vom Zeitungsfeuilleton bis hin zu wissenschaftlichen Helvetica – niederzuschlagen beginnt. Als vorläufige Belege dafür seien ausser den bereits erwähnten Veröffentlichungen die Monographie von Wassilij Merkulow über Albrecht von Haller (Leningrad 1981) sowie eine russischsprachige Anthologie *«Aus der zeitgenössischen schweizerischen Dichtung»* (Moskau 1981; mit Texten von Albin Zollinger, Erika Burkart, Gilbert Trolliet, Philippe Jaccottet, Francesco Chiesa und Andri Peer) genannt. Ferner ist hinzuweisen auf eine komparatistische Untersuchung von R. J. Danilewskij zur Geschichte der *«Literarischen Beziehungen zwischen Russland und der Schweiz»* (*RL,* 1982, I), auf eine Reihe von Interviews, Besprechungen und Berichten zur Situation der schweizerischen (insbesondere der französischsprachigen) Gegenwartsliteratur (*LG,* 1982, XXIV; *IL,* 1981, XI; *IL,* 1982, III; *IL,* 1982, X) und nicht zuletzt auf das bevorstehende Erscheinen der Ro-

mane «*Zunehmendes Heimweh*» von Silvio Blatter und «*Gustavs Untaten*» von Werner Schmidli bei namhaften sowjetischen Verlagen.

Den Schluss bilde hier ein Zitat aus der akademischen Vierteljahreszeitschrift «Russische Literatur» (*RL*, 1982, I), dessen apologetische Gestimmtheit manch einen klassenkämpferischen Ausrutscher, wie er in der sowjetischen Publizistik immer mal wieder vorkommt, zu relativieren (wenn auch nicht faktisch zu berichtigen) vermag: «*Die Mannhaftigkeit und die Friedensliebe des Schweizervolkes, die traditionelle Neutralität der Aussenpolitik des Landes, seine reiche und eigenartige Kultur sowie – in vier Sprachen – die Schätze des Schrifttums rufen bei den Sowjetmenschen stets gleichbleibendes Interesse und hohe Achtung hervor.*»

Felix Philipp Ingold

[1] Für die bibliographischen Angaben im Text werden folgende Abkürzungen verwendet: *IL* («Inostrannaja Literatura», Zeitschrift für ausländische Literatur); *LG* («Literaturnaja Gazeta», Literarisch-politische Wochenzeitung); *Okt* («Oktjabr», literarisch-publizistische Monatsschrift); *Pov* (Max Frisch, «Povesti» [enthält «Montauk» und «Der Mensch erscheint im Holozän»], Moskau 1982); *RL* («Russkaja Literatura», Vierteljahresschrift für russische Literatur); *SChL* («Sovremennaja chudozestvennaja literatura za rubezom», Rezensionszeitschrift für Gegenwartsliteratur des Auslands); *VL* («Voprosy Literatury», Monatsschrift für Probleme der Literatur).

Die Kunst in den Medien

Die Feststellung, von seiten der Künstler und der Schriftsteller oft als Vorwurf oder Klage vorgebracht, ist wohl unbestritten: In den Neuen Medien, speziell im Fernsehen, nimmt sich die Kultur eher als Zugabe aus, wenn man darunter – in einschränkender Definition – das professionelle Kunstschaffen, die Literatur und die Musik der Gegenwart versteht. Das hat natürlich Gründe. Schon in der Zeitung ist ja das «Feuilleton» nicht gerade der Hauptteil. Die Blätter, die besonders clever nach Leser- und Käuferwünschen redigiert und aufgemacht werden, damit sie Massenauflagen erzielen, zeigen deutlich, was Marketing sie in Hinsicht auf Kulturberichterstattung lehrt. Hohe Auflagen oder also für das Fernsehen hohe Einschaltquoten sind niemals mit anspruchsvollen Texten, mit schwieriger Musik und vom Gewohnten allzu sehr abweichenden Kunstgebilden zu erreichen. Attraktivität haben allenfalls Gesellschaftsnachrichten aus dem Künstlermilieu, Gespräche mit der Prominenz per Du, Reportagen über spektakuläre Ereignisse. Was unsere staatlich konzessionierten Monopolmedien betrifft, besteht zwar gemäss Konzessionsbestimmungen ein «*Kulturauftrag*», und hier soll nicht etwa behauptet werden, die Programmverantwortlichen nähmen ihn nicht wahr. Was sie eher vermeiden, ist jedoch die Auseinandersetzung um das zeitgenössische Schaffen. Sie halten sich an Erscheinungen,

die ihnen aus irgendeinem wenn möglich «telegenen» Grund der Beachtung würdig sind. Doch muss gesagt werden: Was an einigermassen substantieller Kunst- und Kulturvermittlung in den Programmen steht, sieht sich auf eher ungünstige Sendezeiten verwiesen, meist auf späte Nachtstunden. Ausserdem – so hört man – könne man zum Beispiel Literatur nicht gut im Bild zeigen, sie sei Sprache und daher nicht abbildbar. Man müsse eine Gesprächsrunde zusammenstellen, man müsse die Verleihung eines Literaturpreises filmen, man könne allenfalls einen Autor interviewen. Das Werk selbst, das er geschaffen hat, müsste der Zuschauer dann schon selber lesen. Vielleicht wird er ja dazu angeregt. Hinsichtlich der bildenden Kunst besteht die Schwierigkeit oft darin, dass Künstler sich dem elektronischen Medium eher entziehen, ja geradezu eine Abneigung davor haben. Es gibt Ausnahmen; aber eine zuverlässige und repräsentative Information über das zeitgenössische Schaffen kommt mit ihnen nicht zustande.

Selbst wenn jedoch diese Probleme der Präsentation gelöst wären, bestünde noch immer die Schwierigkeit, ein grösseres Publikum für zeitgenössische Kunst, Literatur und Musik zu interessieren. Die späten Sendezeiten werden ja auch damit begründet, man könne schliesslich nicht der grossen Mehrheit zumuten, was ja doch nur eine kleine Minderheit sehen und hören wolle. Kann man das überhaupt ändern? Und warum eigentlich meinen wir, dass man es ändern sollte?

Äusserungen von Schriftstellern und Künstlern lassen darauf schliessen, dass sie die Neuen Medien vorwiegend als Instrumente betrachten, mit deren Hilfe sie ein grösseres Publikum, vermehrte Anerkennung und damit auch verbesserte Existenzbedingungen erreichen könnten, wenn eben diese Medien «mehr für die Kunst» täten. Das ist gewiss nicht falsch. Wer als Kunstschaffender im Radio oder im Fernsehen auftritt, gilt als «arriviert». Nur wenn dann – etwa in einem Gespräch, das im Rahmen eines Forschungsprojekts zum Thema *«Kunst und Medien»* geführt wurde – ein Teilnehmer sagt, die Künstler verlangten ja nicht mehr, als der Sport schon lange habe, wird eben auch sichtbar, dass die Proportionen der Sendezeiten offenbar nicht ohne Beziehung zu den Proportionen des Publikumsinteresses sind. Der Schriftsteller-Verband hat im Dezember 1982 eine Sondernummer seiner Zeitschrift *«Welt im Wort»* dem Thema *«Literatur in den Massen-Medien»* gewidmet und darin in nachahmenswerter Weise den Weg der Zusammenarbeit zwischen Autoren und Medienschaffenden erkundet. Die Tonkünstler schliesslich verabschiedeten schon 1981 am Tonkünstlerfest in Lugano eine Resolution, in der verlangt wird, dass die Medien ihren «Kulturauftrag» ohne übermässige Rücksichten auf Einschaltquoten erfüllen.

Vielleicht wäre doch auch zu erwägen, ob die elektronischen Medien nicht ein Meer von Öffentlichkeit erschlossen haben, in dem die Inseln der Kreativität winzige Eilande sind, vielleicht gar gefährliche vulkanische Klippen. Die Kunst, als Antwort des Individuums auf die Welt, ist nie «marktgängig» in dem Ausmass, das man sich vielleicht erträumt. Eine Zeitschrift mit kleiner Auflage vermag für die Rezeption von Literatur und

Kunst möglicherweise mehr zu leisten als das Massenmedium, in dessen Sog auch Künstler, wie zu beobachten, leicht zur Schaustellung neigen, zum Trick, zur Effekthascherei. Jedenfalls ist die Frage der Kunst in den Medien bei weitem nicht einfach eine Frage der reichhaltigeren Ausstattung mit Sendezeit. Die *Sektion Kultur der Nationalen Unesco-Kommission* (Präsident Dr. Andri Peer) in Zusammenarbeit mit dem *Publizistischen Seminar der Universität Zürich* (Prof. Dr. Ulrich Saxer) führte kürzlich, ausgehend von den vorläufigen Ergebnissen einer kultursoziologischen Enquete (Jean Odermatt), in Solothurn ein Seminar über *Das professionelle Kunstschaffen und Presse, Radio und Fernsehen* durch, an dem Abteilungsleiter, Redaktoren, Kritiker und Präsentatoren aus Presse, Radio und Fernsehen teilnahmen. Seminare mit gleichem Thema sollen für die welsche und die italienische Schweiz folgen, weil man festgestellt hat, dass die Probleme in den verschiedenen Landesteilen so verschieden liegen, dass eine separate Behandlung erspriesslicher sein dürfte.

Der Erfahrungsaustausch im Kreis der Seminarteilnehmer machte die Vielfalt der Bedingungen deutlich, unter denen «Kulturvermittlung» in den Medien geleistet wird. Im ganzen war ihnen die gemeinsame Reflexion über ihre Tätigkeit so willkommen und nützlich, dass sie beschlossen, den Gedankenaustausch fortzusetzen. Übrigens stand bald einmal eine zusätzliche Problematik fast im Vordergrund. Es ging da auf einmal nicht mehr bloss um die bessere und umfassendere Vertretung von Kunst, Literatur und Musik in den Medien, sondern um den Anspruch des ganz Neuen gegen das Etablierte: Die «alternativen» Künstler, sozusagen die Randgruppe der Randgruppe, verlangten gebieterisch mehr Spielraum. Die Kultur, die in den wenigen grossen Feuilletons und auch schon in den elektronischen Medien gepflegt werde, sei aufzubrechen; den «Alternativen» sei mehr Beachtung zu schenken. Sowohl für die Zeitung wie für die elektronischen Medien scheinen die «Medienmenschen» (der Ausdruck findet sich in den gedruckten Interviews mit Künstlern, die dem Seminar zugrunde lagen!) offenbar nur noch eine Art Verwalter oder Stellwerksbeamte zu sein. Sie haben das Medium «zur Verfügung» zu stellen, Raum und Zeiten zuzuteilen und auf diese Weise offenbar «Kultur zu vermitteln . . .»

Ich glaube nicht, dass unsere Bemühungen, Kunst und Literatur der Gegenwart besser und wirkungsvoller zu verbreiten, nur schon durch eine bessere Dotierung mit Sendezeit oder mit Platz in Zeitungen und Zeitschriften Erfolg brächten. Man könnte vielleicht besser und umfassender informieren, man könnte mehr Beispiele vorführen. Aber die Neugier auf Ergebnisse kreativer Prozesse oder gar die Mitwirkung in der Auseinandersetzung um schöpferisch bestandene Gegenwart würden dadurch vermutlich noch nicht geweckt. Das Bild, das sich ergibt, wenn man möglichst umfassend und gewissenhaft einfach zeigt und vermittelt, was alles in Kunst, Literatur und Musik Gegenwart beansprucht, ist so verwirrend, dass das Publikum wahrscheinlich erst recht abgeschreckt würde. Die gängige Antwort der Leute, die «nicht vom Fach» sind, ist ja seit langem: «Ich verstehe nichts davon.» Wenn man die «Krea-

tiven» einfach in den Medien zu Gast lädt, oder wenn man ihnen ganze Zeitungsseiten zur freien Verfügung stellt, wenn den alternativen Musikern und Künstlern das Mikrophon und die Kamera überlassen werden, ist das zwar verdienstvoll: eine Möglichkeit immerhin, ihre Hervorbringungen und auch ihre Vorstellungen von künstlerischer Aktivität an potentielle Konsumenten heranzubringen. Aber die Ratlosigkeit des Publikums würde dadurch nicht geringer, sondern noch grösser, als sie ohnehin schon ist. Kann wohl sein, dass sich der eine oder andere besser zu präsentieren weiss, dass er Einstiege ermöglicht und zu zeigen vermag, worum es ihm geht. Die Regel ist es aller Erfahrung nach nicht.

Darum meine ich, begründete Selektion, gezielte Konfrontation und vor allem kritische Befragung seien als Hilfe für die unerlässlich, die gerne verstehen möchten. Der Widerstreit künstlerischer Richtungen, die Vielfalt der Schreibweisen, die Gegensätze und vielleicht auch die Gemeinsamkeiten unter den Generationen, – das müsste alles gezeigt werden, nicht schulmässig und lehrhaft, eher spielerisch, lebendig, dennoch im Bestreben, Übersicht und Akzentuierung zu erreichen. Das heisst aber, Kunstvermittlung bedürfe der Kunst- und der Literaturkritik, um Wirkung zu haben. Die engagierte Auseinandersetzung mit den vielfältigen Erscheinungen der kulturellen Gegenwart, die Stellungnahme und die profilierte Gegenrede scheinen mir unerlässlich.

Keine Kultur ist ohne Tradition zu denken. Das Neue aber, das ans Licht drängt und mit Macht also auch unter die Jupiterlampen der Studios, definiert sich als Anfang, als vollkommen originale Schöpfung. Die Spannung zwischen dem Bestehenden und dem Entstehenden sollte in den Medien deutlicher sichtbar werden. Sie könnten einer der Gerichtsorte sein, an denen der Prozess voranschreitet, der kulturelle Gegenwart zeitigt. Im vorbereitenden Papier für die Solothurner Tagung stand auch das bekannte Wort von Ludwig Hohl, die Schweiz leide an vorzeitigen Versöhnungen, was genau gesehen nur Oberflächlichkeit sei. Dieser beherzigenswerte Satz dürfte jedoch nicht zur Rechtfertigung einer immer radikaleren Segmentierung innerhalb der Kunstszene, einer Identifikation durch Abkapselung gegen das Andere missbraucht werden. Und die Medien dürften sich nicht damit begnügen, den Tatbestand der Aufsplitterung und des Gesprächsabbruchs sichtbar zu machen. Sie sollten nicht auf den Versuch und den Willen verzichten, Gespräch und Auseinandersetzung anzubahnen. Der «Kunstvermittler» in den Medien hat die Chance, weit mehr zu sein als ein Verteiler von Sendezeiten, nämlich ein aufmerksamer Beobachter der Szene, aufgeschlossen für das Neue, wenn auch selber geprägt durch Traditionen, die sein Qualitätsgefühl bestimmen, jedem wagemutigen Versuch zugewandt, skeptisch gegenüber dem bloss Modischen und glücklich darüber, Entdeckungen machen zu können.

Und ein letztes wäre, was besonders die Schweiz angeht, mit grösster Sorgfalt zu beachten. Nicht nur die Sprachregionen haben ihr Eigenleben; die Kleinregionen innerhalb der deutschen Schweiz zum Beispiel haben es auch. Zwischen städtischen, halbstädtischen und ländlichen, bäuerlichen Kultur-

regionen gibt es vielfältige Unterschiede, Überschneidungen und Abgrenzungen, Eigenleben und Teilnahme am grösseren Ganzen. Während diese Kleinräume in der Regel ihre eigenen Kommunikationsmittel haben, tritt ihre Vielfalt in den neuen elektronischen Medien noch immer zu wenig in Erscheinung, bleibt zu sehr auf Zufall (und gute Beziehungen) angewiesen, was durchaus zum Bild lebendiger Kultur in der Schweiz gehört. Gerade das professionelle Kunstschaffen steht voll in dieser schweizerischen Wirklichkeit. Die Spannung zwischen der Internationalität und den «Verwurzelungen» ist ein «Vermittlungsproblem» par excellence.

Anton Krättli